

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 33 (1953-1954)

**Heft:** 3

**Rubrik:** Stimmen der Weltpresse

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## STIMMEN DER WELTPRESSE

In der Wochenschrift *«Relazioni internazionali»* vom 8. Mai läßt G. L., unter dem Titel *«Stabilisierungsphase der Politik Eisenhowers»*, die Ergebnisse der hundert Tage republikanischer Verwaltung Revue passieren und referiert über die erfolgte Kritik. Zwei Tatsachen sind für die künftigen Richtlinien der amerikanischen Politik bezeichnend: 1. Die Ankündigung Eisenhowers einer Reduktion der Ausgaben, welche sich wohl im Rahmen der Landesverteidigung und der Auslandshilfe auswirken wird. Sie erfolgte, um die Erwartungen der öffentlichen Meinung und des Kongresses zu befriedigen, welche eine Herabsetzung der Steuerlasten wünschen und eine Steigerung der durch den demokratischen Verwaltungsapparat hervorgerufenen öffentlichen Ausgaben befürchten. — 2. Der an den Kongreß gerichtete Vorschlag, unter Aufhebung der in den letzten Jahren begründeten Einrichtungen und Komitees, das Verteidigungsdepartement von Grund auf neu zu organisieren und die politischen und organisatorischen Funktionen in der Hand ziviler Staatssekretäre zu vereinigen. Dies würde spürbare Einsparungen ermöglichen und zugleich die Militärs einer politisch-zivilen Kontrolle unterstellen. Dadurch würden so gefährliche, durch die Einmischung von Militärpersonen in die politische Sphäre verursachte Verwirrungen verunmöglicht, wie sie während des Koreakrieges häufig festzustellen waren. Der Autor meint, daß durch diese beiden Maßnahmen die republikanische Verwaltung aus der ihr von verschiedenen Seiten vorgeworfenen Immobilität hervortreten würde. Man begegnet ihr sowohl in der Innenpolitik, in der sich nichts wesentliches geändert hat, als auch in der Außenpolitik, in der die Wirklichkeit die Illusionen der Erklärungen Foster Dulles' über die containment-Politik Trumans zerstört hat.

Wenn es auch noch verfrüht ist, ein Urteil über die republikanische Politik zu fällen, so ist immerhin festzuhalten, daß die Republikaner sich nicht von den Hauptrichtlinien der demokratischen Außenpolitik zu lösen vermögen; möglich ist nur eine verschiedene Akzentuierung der Probleme. Gerade hier glaubt aber der Verfasser einige Fehler der neuen Verwaltung zu erkennen. Der Akzent ist mehrfach auf alle Probleme gesetzt worden, aber mehrfach mußte man auch Positionen ganz offensichtlich aufgeben, auf denen man am Vortage noch hartnäckig beharrt hatte. Ferner erfordert die veränderte Taktik der Sowjets auch eine solche von Seiten der USA. Diese haben jedoch bewiesen, daß sie sich nicht mit der wünschenswerten Elastizität zu bewegen verstehen. Warum sich auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages versteifen, ohne vorher festzustellen, ob die Bedingungen vorhanden sind, um eine Möglichkeit, deren Notwendigkeit man theoretisch einsieht, auch zu verwirklichen? Wird es ferner möglich sein, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der europäischen Staaten zu verhindern, die sich aus einer Herabsetzung der Auslandshilfe und aus der Unmöglichkeit, den europäischen Export nach Amerika zu steigern, ergibt? Eine diesbezügliche Steigerung wäre nur durch eine Reduktion der Zolltarife zu erreichen, die allerdings die Feindschaft der eigenen Produktionskreise herausfordern würde.

In Nr. 8/1953 des *«SBZ-Archivs»* (Köln, Hansaring 43), das auf Grund zuverlässigen Quellenmaterials Auskunft gibt über die Verhältnisse in der Sowjetzone und über die Methodik der kommunistischen Aggressionsversuche in der Bundesrepublik, veröffentlichte Hermann Werdau, unter dem Titel *«Die Schwerpunkte der Tarnorganisationen»*, eine aufschlußreiche Schilderung der diesbezüglichen Verhältnisse in Westdeutschland. Daraus geht hervor, «daß im westdeutschen Industriegebiet der Hauptangriffspunkt aller prokommunistischen Bestrebungen zu

suchen ist». Zusammenfassend schreibt Werdau: «Das Interesse des Ostens an Unterwanderung und Störung, möglichst sogar an der ‚kalten‘ Eroberung dieses westdeutschen Wirtschaftszentrums ist verständlich. Mittel zum Zweck sind die zahlreichen, nach Bedarf aufgebauten, umgegründeten und wieder eingestellten Organisationen mit entsprechenden Blättern, Pressediensten usw. Sie alle dienen als ‚Hilfsorgane und Transmissionsriemen‘ des Kommunismus.»

Der bekannte Russlandspezialist *Franz Borkenau* gibt in Nr. 18/1953 der Wochenzeitung *«Rheinischer Merkur»* ein Portrait *Judins*, des neuen Beraters des Generals Tschuikow. Er bezeichnet Judin, «im Gegensatz zu dem diplomatisch zurückhaltenden, drastischen Eingriffen abgeneigten Semjonow» als ein «besonders bösartiges Individuum». — Nach einer auf großer Sachkenntnis beruhenden Schilderung der Karriere Judins zieht Borkenau die Folgerung: «Der Kurs geht wohl auf die Angleichung Ostdeutschlands an polnische und ungarische Verhältnisse. Daß dies in krassem Widerspruch zu der weltweiten sowjetischen ‚Friedensoffensive‘ steht, bedarf keiner besonderen Betonung. Die eigentliche Bedeutung der Ernennung Judins, die über innerdeutsche Belange weit hinausreicht, liegt auf dem Gebiete der internationalen Politik. Deutschland ist letzten Endes das Kernproblem der West-Ost-Beziehungen. Und Judins Ernennung bedeutet, daß der Block Beria-Chruschtschew-Molotow, der sich immer stärker gegen Malenkov zur Macht emporarbeitet, keine kühnen Manöver auf dem Gebiet der internationalen Politik will, daß er zu keinem ernsten Zugeständnis in der deutschen Frage bereit ist.»

Über die *totale Mobilisierung der Jugend in den Volksdemokratien* geben Berichte aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Polen interessante Auskunft<sup>1)</sup>. In der Tschechoslowakei wurde die Massenorganisation des «Verbandes für die Zusammenarbeit mit der Armee» (Svazarm), unter Berücksichtigung der reichen sowjetischen Erfahrungen reorganisiert und ausgebaut. Heute erhalten in den Svazarm-Grundorganisationen der Betriebe, landwirtschaftlichen Genossenschaften, Städte und Dörfer Tausende von Staatsbürgern die erforderliche militärische Grundausbildung, um jeden Angriff mit doppelter Wucht erwidern zu können. Seit der Reorganisation der Svazarm wurden auf dem Gebiet der Wehrerziehung bereits viele nennenswerte Ergebnisse erzielt. Die Zahl der aktiven Mitglieder der Wehrzirkel ist ständig im Wachsen begriffen. Neben der Wehrausbildung darf die systematische politische Erziehung der Mitglieder und die Schulung der Funktionäre nicht außer acht gelassen werden. Alle Schulen, auch die Mädchenschulen, müssen jährlich zwei militärische Übungen abhalten. In Brünn fanden Wettkämpfe der weiblichen Fallschirmjäger-Patrouillen statt, bei denen neben Absprüngen auch Schießübungen und Handgranatenwerfen durchgeführt wurden.

In Rumänien steht die «Union der Werktätigen Jugend» (UTM), die «revolutionäre Organisation der werktätigen Jugend in Stadt und Land», fest auf dem Boden der Grundsätze des Klassenkampfes. Ihre Aufgabe ist es, «die Jugend im Geiste des Marxismus-Leninismus zu erziehen und sie... für die aktive Teilnahme am Kampf des werktätigen Volkes, für die Festigung und Weiterentwicklung der Volksdemokratie, für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Rumänischen Volksrepublik und für den Aufbau des Sozialismus zu mobilisieren». Grundeinheiten

<sup>1)</sup> «Pravda», Bratislava, 26. Februar 1953, «Obrana lidu», Prag, 31. August 1952, «Rudé Právo», Prag, Oktober 1952, «La Nation Roumaine», Paris, 15. Oktober und 1. November 1952, «Polish Affairs», London, Januar 1953.

der UTM sind die Zellen, die überall in den Betrieben, den staatlichen Institutionen, den Gemeinden, den Schulen, den Hochschulfakultäten, den Stadtbezirken und den militärischen Einheiten gebildet werden. Mit 7 Jahren tritt der junge Rumäne in eine Pioniergruppe ein, deren «Dienst» von älteren UTM-Mitgliedern geleitet wird. Die eigentliche UTM umfaßt die Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren und ist die Vorschule der künftigen Kommunisten. Die Zulassung zur UTM erfolgt nur nach strenger Prüfung, insbesondere der einwandfreien sozialen Herkunft. Der Aufgabenbereich der UTM umfaßt die fünf Arbeitsgebiete: Kulturarbeit, Sport = vor-militärische Ausbildung der Jugendlichen beider Geschlechter, Kunst, Agitation und Finanzen.

In Polen gibt es zwei offizielle «freiwillige» Jugendorganisationen, die Pfadfinderbewegung für Knaben und Mädchen von 7—14 Jahren und den Polnischen Jugendverband (ZMP) für Knaben und Mädchen über 15 Jahre. Ferner gibt es den «Dienst an Polen», eine allgemeine, obligatorische und militärisch aufgezogene Organisation, zu der alle jungen Leute zwischen 16 und 21 Jahren eingezogen werden. Alle drei Verbände arbeiten eng zusammen. Die Pfadfinder und der «Dienst an Polen» unterstehen der Kontrolle des Polnischen Jugendverbandes, der für den gesamten «Jugendsektor» verantwortlich ist. Die gemeinsame Aufgabe der drei genannten Organisationen besteht in der allmäßlichen Ausschaltung des Einflusses von Heim und Familie auf die Entwicklung von Geist und Charakter der Jugend. Dieser Einfluß war bisher das größte Hindernis für die kommunistische Schulung, der die Jugend in den von der kommunistischen Diktatur umgestalteten und überwachten Schulen unterworfen wird.

Amerikanische Geopolitiker haben Afrika den Reservekontinent genannt. Mit diesem Begriff sind im wesentlichen die Probleme umrissen, die Generalmajor a. D. A. L. Ratcliffe in der «Wehrwissenschaftlichen Rundschau» (Heft 10/1952) unter der Überschrift «Afrikanische Probleme in strategischer Sicht» behandelt. Angesichts seiner geringen Bevölkerungsdichte stellt Afrika kein Menschenreservoir für die Kriegsführung in Europa dar. Eine Ausnahme bildet lediglich das französische Kolonialreich in Nord- und Westafrika. Die Bedeutung Afrikas für das Wehrpotential der westlichen Welt liegt vielmehr in seiner Eigenschaft als — zunächst noch — gesicherte Nahrungs- und Rohstoffbasis und als Ausweichraum für die luftkriegsgefährdete Rüstungsindustrie Europas. Bei intensiver landwirtschaftlicher Anbau-steigerung, planmäßiger Erschließung der Bodenschätze, Nutzung der enormen Wasserkräfte kann Afrika zur Basis der westeuropäischen Produktion und Rüstung werden. Afrika und Europa bilden einen blockadefesten Großraum, in welchem dem Mittelmeer kaum größere Bedeutung zukommt als der eines Binnensees. Bei dieser Betrachtungsweise ist die Einbeziehung Afrikas in die Vorbereitung der materiellen Kriegsführung nicht allein eine Frage der Erzeugung, sondern ebenso sehr ein Transportproblem, wobei sich wirtschaftliche Notwendigkeiten mit strategischen Überlegungen begegnen. Die Notwendigkeit, gegebenenfalls amerikanisches Material von den wenigen brauchbaren Häfen Westafrikas über Land zum Indischen Ozean bzw. zum Roten Meer zu transportieren, macht die Schaffung von Schienenwegen und Straßen in der West-Ostrichtung dringlich. Strategische Bedeutung kommt aber auch der seit Jahrzehnten projektierten Nord-Südverbindung von Kairo bis Kapstadt und im Westen der Trans-Sahara-Bahn zu. Der gewaltig gewachsene Aktionsradius der Flugzeuge hat auch den Luftraum über Afrika in die Grenzen strategischer Planungen einbezogen. Die Erschließung Afrikas durch Bahnen und Straßen, durch den Ausbau der Häfen und die Anlage von Flugplätzen kann nicht von einzelnen Nationen gelöst werden. Entweder wird die westliche Welt Afrika gemeinsam nutzen oder es wird für alle verloren gehen.

Der «*Intelligence Digest*» (14, Old Queen Street, London S. W. 1) bezeichnet im Bericht seiner Maiausgabe «*The Communist Danger in Ethiopia*» Äthiopien mit der russischen Gesandtschaft in Addis Abeba als Hauptquartier der russischen Untergrundbewegung für ganz Afrika. Der Bericht enthält eine Fülle spannender Detailangaben.

In der Märznummer 1953 der «*Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten*» (herausgegeben vom «Free Trade Union Committee of the American Federation of Labor», Box 65, Station G, New York 19, N. Y., U. S. A.) schildert *Richard Deverall*, der Vertreter der amerikanischen Gewerkschaftsföderation in Japan, die Lage der *japanischen Gewerkschaften* seit Beendigung der Besetzung. Vor Abschluß des Friedensvertrages von 1952 war die Gewerkschaftsbewegung in Japan weitgehend ein Treibhausprodukt, da sie von General MacArthur «gegeben» worden war. Gleichzeitig genoß aber auch die japanische kommunistische Partei eine sehr bevorzugte Behandlung bis 1948, so daß viele Japaner zu glauben begannen, General MacArthur betreibe selber eine linientreue Politik. Das Ergebnis war, daß anfangs 1948 die meisten aktiven Kräfte der japanischen Gewerkschaftsbewegung unter der direkten Kontrolle und Führung der Kommunistischen Partei standen. Darauf verfiel General MacArthur ins andere Extrem, nahm dem Personalverband der öffentlichen Dienste das Streikrecht und veranlaßte eine ungeheure Ausdehnung der bürokratischen Kontrolle über die Arbeiter. Die Aufhebung des Streikrechtes zwang die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, sich der Methode der direkten politischen Aktion zu bedienen. — Trotz Rückschlägen ist die japanische Gewerkschaftsbewegung mit 5,8 Millionen Mitgliedern gegenwärtig die mächtigste, finanzkräftigste und am besten organisierte Gewerkschaftsbewegung in ganz Asien. Anderseits leben die Bauern noch in feudalistischen Vorstellungen. In Dörfern und Städten gibt es noch Hunderttausende von Kleinbetrieben aller Art, nach dem alten feudalistischen System, bei dem der Meister die finanzielle und sonstige Verantwortung für den Arbeiter übernimmt und dafür von diesem bedingungslosen Gehorsam erwartet. Fast ein Drittel aller organisierten Arbeiter sind Mitglieder sogenannter «neutraler» oder unabhängiger Gewerkschaften. — Das Verhalten der Streitkräfte der Vereinigten Nationen gegenüber der japanischen Gewerkschaftsbewegung wird als eine Verletzung der neuen Verfassung und der grundlegenden Arbeitsgesetze Japans betrachtet. Die Arbeitnehmer verlangen das Recht, eine normale gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten zu dürfen.